

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016

Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

1. Zentralisierung

Baden-Württemberg steuert seit Jahren einen zentralistischen Kurs mit einer starken Fixierung auf die Region Stuttgart. Dies geschah und geschieht zu Lasten der anderen Regionen des Landes und vor allem des badischen Landesteils und widerspricht auch dem in der Landesverfassung festgelegten dezentralen Prinzip.

Sind Sie bereit, sich für eine Korrektur dieser Politik einzusetzen, alle Landesteile zu fördern und mit dezentralen Strukturen die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes zu erhöhen? Dazu gehören auch die kritische Prüfung der künftigen Fusionen lokaler Institutionen sowie die Dezentralisierung von Landesbehörden.

Setzen Sie sich für die Unterstützung regionaler Bereiche und mittelständischer Unternehmen ein?

Die grün-geführte Landesregierung hat sich als verlässlicher Partner der Kommunen in allen Landesteilen erwiesen und etliche Vereinbarungen und Einigungen mit den Kommunen erzielt: zum Beispiel bei der Finanzierung der Kleinkindbetreuung, bei den Ganztageseschulen, beim Straßenunterhalt. Während die CDU in ihrer Regierungszeit gerne von einer kommunalfreundlichen Haltung gesprochen hat, hat Grün-Rot gehandelt und die finanzielle Situation der Kommunen maßgeblich verbessert. Wir reden nicht von starken Kommunen, wir machen sie stark.

Noch nie ging es den Kommunen im Land so gut wie unter der grün-geführten Landesregierung! Kein anderes Bundesland stattet seine Kommunen mit Landesmitteln für ihre laufenden Aufgaben besser aus als Baden-Württemberg! Zwischen der Landes- und Kommunalpolitik gibt es vielfältige Beziehungen. Ob es um die engen Finanzbeziehungen, die Bildung, die Kinderbetreuung, die Energiewende, den Nahverkehr oder die Landesstraßen geht, in nahezu allen Themenfeldern der Landespolitik gibt es Berührungspunkte mit den Kommunen. Eine besonders enge Verzahnung besteht in der Finanzpolitik. Mit dem kommunalen Finanzausgleich (FAG) entscheidet das Land mit den Pro-Kopf-Zuweisungen maßgeblich über die Finanzausstattung der Kommunen. Darüber hinaus gibt es zweckgebundene Zuschüsse für besondere Aufgaben (Kinderbetreuung, Schülerbeförderung, Flüchtlingsunterbringung etc.) sowie Investitionszuschüsse für kommunale Aufgaben wie Schulbau, Sportstätten, Straßen und Radwege, Krankenhäuser, Feuerwehren und Ortskernsanierungen. Insgesamt erhalten die baden-württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise für laufende Ausgaben und Investitionen ca. 10 Mrd. Euro im Jahr.

Wir unterstützen vor allem mittelständische Unternehmen jenseits der Ballungszentren in ganz Baden-Württemberg durch den massiven Ausbau der Breitbandversorgung. Denn dank Grün-Rot steht das Land beim Ausbau der Breitbandversorgung bundesweit mit an der Spitze. Der Ländliche Raum muss lebenswerte Heimat und wirtschaftsstarker Arbeitsort bleiben. Dafür ist schnelles Internet in der Fläche unverzichtbar. Wir setzen auf Glasfaser statt auf Kupfer. Bereits jetzt können 70 % der Haushalte in Baden-Württemberg mit 50 MBit/s surfen. Bis 2018 werden wir mehr als 250 Mio. Euro für den Ausbau zur Verfügung stellen.

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016

Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

2. Landtag

Die Stuttgarter Dominanz im baden-württembergischen Landtag ist ein Ärgernis und eine erhebliche Benachteiligung der anderen Regionen des Landes.

Während der Bevölkerungsanteil dieses Raumes lediglich 19,1% beträgt, entspricht die Zahl der Abgeordneten 28,5% der Mitglieder des Landtages.

Sind Sie bereit, dieses krasse Missverhältnis in der nächsten Legislaturperiode durch politische Initiativen zu beseitigen und damit eine ausgewogenere Zusammensetzung des Landtags anzustreben?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses Ziel durch Änderungen des Wahlgesetzes zu erreichen?

Wir Grüne setzen uns für eine gerechte Repräsentanz aller Bevölkerungsgruppen und Landesteile im Parlament ein. In dieser Legislaturperiode hat eine interfraktionelle Arbeitsgruppe das geltende Landtagswahlrecht überprüft. Dabei wurde auch der Zuschnitt von Wahlkreisen statistisch analysiert und intensiv erörtert. Eine Überrepräsentanz der Stadt Stuttgart war allerdings nicht Ergebnis dieser Überprüfung.

Wir Grüne sehen aber - über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe hinaus – Änderungsbedarf beim Landtagswahlrecht: Wir setzen uns weiterhin für die Einführung eines Listenwahlrechts ein, um den Frauenanteil endlich deutlich zu erhöhen. Er ist mit 20,3 Prozent viel zu niedrig. Eine Änderung des Landtagswahlrechts scheiterte aber am Widerstand der anderen Fraktionen im Landtag. Einen Erfolg konnten wir dagegen bei den Kommunalwahlen erreichen. Im Kommunalwahlgesetz haben wir nämlich eine Soll-Regelung für die Aufstellung paritätischer Listen und das Reißverschlussprinzip eingeführt. Dies bedeutet, dass bei der Listenaufstellung zur Kommunalwahl immer abwechselnd Frauen und Männer aufgestellt werden sollen.

3. Finanzielle Unterstützung der Regionen

Die Konzentration großer und finanziell extrem aufwendiger Vorhaben im Raum Mittlerer Neckar wie Stuttgart 21 hat dazu geführt, dass wichtige Projekte der Verkehrsinfrastruktur in anderen Teilen des Landes sträflich vernachlässigt werden. Darunter leidet besonders auch der badische Landesteil.

Sind Sie bereit, gegenüber der Landesregierung mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die dringenden Verkehrsvorhaben in Baden, wie der Ausbau der Güterverkehrs- und ICE-Strecke bis Basel und deren Verknüpfung mit dem TGV-Est über Straßburg mit dem Ausbau der Appenweierer Kurve kurzfristig vorankommen?

Sind Sie ferner bereit, sich für den Anschluss des Baden-Airparks an die A5 und den Schienenverkehr einzusetzen?

Erklären Sie Ihre Unterstützung für die Weiterentwicklung des Baden Airparks?

Zentrales Großprojekt ist der vierspurige Ausbau der Rheintalbahn. Der Projektbeirat hat in 2015 einen Konsens zu den strittigen Kernforderungen aus der Region beschlossen. Mit zusätzlichen 280 Mio. € (in Summe 405 Mio. €) engagiert sich das Land sehr stark und freiwillig an dieser

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016 Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

Bundesaufgabe im badischen Landesteil. Nachdem nun auch endlich der Bundestag mit schwarzer Mehrheit den vierspurigen Ausbau der Rheintalbahn beschlossen hat, kann dieses gerade für den badischen Landesteil so wichtige Infrastrukturprojekt endlich in die Tat umgesetzt werden. Zur besseren Anbindung an Straßburg und den TGV-Est sollte auch die Appenweier Kurve sowie die Strecke bis zum Bahnhof Kehl in geeigneter Form als bald als möglich ausgebaut werden.

Für den Ausbau von regionalen S-Bahn- und Stadtbahnnetzen nach dem GVFG-Bundesprogramm haben wir bei zahlreichen Projekten die Landeszuschüsse sichergestellt. Dabei liegen die teuersten Projekte im badischen Landesteil. Es seien aufgelistet die 2. Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar, die Breisgau S-Bahn, die Stadtbahn Mannheim Nord, die Stadtbahnerweiterung in Freiburg, die Tram zwischen Kehl und Strasbourg und das Mobilitätsnetz Heidelberg.

Welche Bundesstraße gebaut wird, entscheidet der Bund, der sich nicht immer an die Priorisierung des Landes hält. Mit u.a. der A 8 rund um Pforzheim, den Ortsumfahrungen Winden und Behla oder B 27 von Donaueschingen nach Hüfingen hat auch der badische Landesteil im Juli 2015 vom Bund eine ordentliche Zahl von Projektneubeginnen erhalten.

Für Landesstraßen gilt die im MVI erarbeitete Priorisierung nach diversen Kriterien. Gebaut wird nach Verfügbarkeit der finanziellen Mittel. Ob eine Straße dabei hauptsächlich badisch oder württembergisch ist, spielt eine nachgeordnete bis gar keine Rolle. Im Landesstraßenbauprogramm 2015-2016 stehen für die badischen Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg in Summe 8 Projekte. Für die württembergischen Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen nur 6 Projekte. Im Landesstraßenbauprogramm 2017-2019 ff. stehen für die badischen Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg in Summe 13 Projekte. Für die württembergischen Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen nur 12 Projekte.

Wir Grüne stehen zum Baden-Airpark. Das Land Baden-Württemberg sowie die Flughafen Stuttgart GmbH und die Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH als Gesellschafter haben am 22. Dezember 2015 eine Vereinbarung zur Weiterführung des Baden-Airparks unterzeichnet. „Der Baden-Airpark hat sich als Regionalflughafen und Gewerbepark gut etabliert. Auch in Zukunft wird die BAG eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft und Mobilität der Menschen in der Region Nordbaden spielen“, sagte Winfried Hermann, Minister für Verkehr und Infrastruktur bei der Unterzeichnung der Vereinbarung (<http://mvi.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/perspektive-fuer-baden-airpark-vereinbart/>)

Eine von Ihnen aufgeführte Vernachlässigung des badischen Landesteiles ist also keineswegs gegeben.

4. Tri-Nationale Oberrheinregion

Die Städtelandschaft am Oberrhein ist Teil einer starken europäischen Entwicklungsachse von Rotterdam bis Mailand. Sie stellt mit ihrer bereits bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine europäische Kernregion mit großen Zukunftschancen dar, die bisher zu wenig genutzt wurden.

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016 Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

Die TMO Region hat in grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und anderen Institutionen eine große Perspektive.

Sind Sie bereit darauf hinzuwirken, dass dieser Raum, entsprechend dem Beschluss des Landtages von Baden-Württemberg, über das Rhein-Neckar-Dreieck hinaus zur Europäischen Metropolregion erhoben wird?

Die TMO umfasst das Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz und des Oberrheinrats, in den mehrere Vertreterinnen und Vertreter der grünen Landtagsfraktion delegiert sind. Sie wird seit ihrer Gründung von uns Grünen unterstützt.

Das Konzept der Trinationalen Metropolregion Oberrhein wurde mit dem Ziel erarbeitet, den vormals unabhängig voneinander agierenden Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die gemeinsame Erarbeitung einer grenzüberschreitenden Strategie 2020 zu ermöglichen. Diese diene als Grundlage des Operationellen Programms INTERREG V Oberrhein, über das die TMO Fördermittel für ihre grenzüberschreitenden Projekte aus dem EU-Haushalt akquirieren kann.

Dem Anliegen, die TMO zu einer „europäischen Metropolregion“ zu erklären, steht entgegen, dass dieser Begriff eine Kategorie der deutschen Raumordnung ist. Grenzüberschreitende Raumschaften sind davon nicht umfasst, da die Regionen allein von Deutschland und innerhalb der Landesgrenzen festgelegt werden.

Einen von der Landesvereinigung Baden angenommenen Landtagsbeschluss zur Erhebung der TMO zur „Europäischen Metropolregion“ gibt es aus diesem Grunde nicht.

Europäische Metropolregionen verstehen sich als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung eines Landes. Die gezielte Förderung europäischer Metropolregionen soll die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas im weltweiten Wettbewerb erhalten und dazu beitragen, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen.

Der Name „Trinationale Metropolregion Oberrhein“ wurde bei der Gründung der TMO 2010 gemeinsam von allen beteiligten Gebietskörperschaften (Baden-Württemberg, Elsass, Rheinlandpfalz und fünf Kantone der Nordwestschweiz) gewählt.

Die TMO verfolgt sehr erfolgreich einen Entwicklungsansatz, der über die verschiedenen Staatsebenen und fachlich sektoralen Grenzen angelegt ist und dabei unterschiedliche Raumabgrenzungen berücksichtigt. Mit ihren vier Säulen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, deren horizontale Vernetzung durch säulenspezifische Koordinatorinnen und Koordinatoren gewährleistet wird, stellt die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) eine in Europa einmalige Kooperationsarchitektur dar.

Wir unterstützen diesen Ansatz: Er hat sich bereits vielfach bewährt und ist fortzuentwickeln und zu stärken. Dafür werden wir uns auch künftig einsetzen.

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016 Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

Würden Sie eine mögliche Einbeziehung des Pamina-Raums und des Eurodistrikts Straßburg/Ortenau befürworten?

Es besteht bereits heute eine Vernetzung der TMO mit den vier Eurodistrikten.

Die Zusammenarbeit am Oberrhein, Hochrhein und Südpfalz ist historisch unterschiedlich gewachsen. Bei der Kooperation muss deshalb den jeweils unterschiedlichen Stärken und Potenzialen durch passgenaue Lösungen Rechnung getragen werden. Wir Grüne setzen uns dafür ein, den Austausch zwischen den jeweiligen Grenzregionen mit ihren Best Practices auf allen Ebenen zu stärken, um neue Wege der Kooperation innerhalb und zwischen den Räumen zu ermöglichen.

Erklären Sie Ihre Bereitschaft zur Unterstützung dieser regionalen Strukturen im internationalen Verbund?

Ja, wir Grüne unterstützen die TMO im internationalen Verbund.

5. Städtebauförderung

Die Städtebauförderung sah in den Jahren 2008-2015 im Land Baden-Württemberg so aus, dass der Badische Landesteil 602 Mio. Euro, der Württembergische Landesteil 932 Mio. Euro erhalten hat. Berücksichtigt man die Bevölkerungsanteile müsste Baden 652 Mio. Euro und der Württembergische Teil mit nur 882 Mio. Euro berücksichtigt werden.

Werden Sie darauf einwirken, diese Schieflage in die richtige Balance zu bringen?

Wohnungen im Südwesten, egal ob in Baden oder in Württemberg, müssen bezahlbar bleiben. In 68 baden-württembergischen Städten und Gemeinden gilt daher seit Herbst 2015 eine Mietpreisbremse bei Neuvermietungen. Die grün-geführte Landesregierung setzt sich engagiert und erfolgreich für die Renovierung und den Neubau von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen ein. 2013 wurde ein Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbot verabschiedet. Es verhindert, dass Wohnraum zu lange leer steht oder Wohnraum zu Büros umfunktioniert wird. Durch Zuschüsse und Kredite der staatseigenen L-Bank in Höhe von 415,7 Mio. Euro konnte Grün-Rot 2014 den Neubau von 6 343 Wohneinheiten realisieren. Im sozialen Mietwohnungsbau wurden in 2014 Bau und Sanierung von mehr als 600 Wohneinheiten gefördert. Für 2015 und 2016 hat Grün-Rot die Fördermittel zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum von 63 auf 75 Mio. Euro erhöht. Die L-Bank kann den Kreditnehmern so zinsfreie Kredite für sozialen Wohnungsbau anbieten.

6. Kulturelle Förderung

Bei der Kulturförderung ist der badische Landesteil gegenüber dem württembergischen stark benachteiligt. Gemäß den Staatshaushaltsplänen 2012 – 2016 ergibt sich für den badischen

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016 Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

Landesteil bezogen auf den Einwohneranteil eine um 74 Mio. € geringere Förderung als für den württembergischen Landesteil.

Was wollen Sie tun für eine gerechte Kulturförderung, damit der badische Landesteil nicht benachteiligt wird

Uns Grünen liegt die Kultur am Herzen und das im gesamten Land gleichermaßen. Nach 2012 hat die grün-geführte Landesregierung den Kulturetat im Doppelhaushalt 2015/16 erneut um rund 7 Prozent von 437 auf 468 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Etwa 12 Mio. Euro pro Jahr dieser Strukturellen Erhöhung sind Investitionen, um neue Gestaltungsspielräume zu schaffen. Rund 18 Mio. Euro pro Jahr dienen für den Ausgleich von Tarifsteigerungen. Mit dieser Investition setzen wir Schwerpunkte in der Kulturpolitik. Neben Kultureller Bildung und Interkultur und Stärkung des Musiklands Baden-Württemberg geht es vor allem um die Kulturförderung jenseits der Ballungszentren, also vor allem in den ländlichen Räumen im ganzen Land. Dazu gehört u.a. die Unterstützung des Freiburger Theaters im Marienbad. Für die Kulturförderung jenseits der Ballungszentren stehen 1,4 Mio. Euro bereit. Diese Förderung kam u.a. der Freilichtbühne Schwäbisch Hall und anderer Musik- und Theaterfestivals im Land mit einer erhöhten Förderung zu Gute. Zudem konnten wir so die Kleintheaterförderung erhöhen und einer dauerhaften Landesförderung für das südbadische Theaterensemble Tempus Fugit als Regionaltheater ermöglichen. Für die Stärkung des Musiklands Baden-Württemberg wurde 1 Mio. Euro bereitgestellt. Darunter fällt die verbesserte Unterstützung der Neuen Musik und des Jazz sowie für hochkarätige klassische Ensembles, etwa das Freiburger Barockorchester.

Baden-Württemberg genießt schon jetzt dank der unterschiedlichen Schwerpunkte an den fünf Standorten einen exzellenten Ruf als Studienort für Musik und Darstellende Kunst. Dieser soll nun noch weiter gestärkt werden. Das Ziel ist die Bildung landesweiter Qualitätszentren mit internationaler Ausstrahlung. Bis 2020 erhalten die fünf Musikhochschulen im Land, von denen drei mit Mannheim, Karlsruhe und Freiburg im badischen Landesteil liegen, 28 Mio. Euro mehr.

7. Universitäten und Hochschulen

Es herrscht bei der Finanzierung der Universitäten im Land ein großes Ungleichgewicht. In den zurückliegenden Jahren wurden die Badischen Universitäten gegenüber den württembergischen mit den Zuschüssen je Studierendem stark benachteiligt. Für die Badischen Universitäten ergab sich ein durchschnittlicher jährlicher Minderbetrag von ca. 84,50 Mio Euro!! Alleine in dem Zeitraum von 2003 – 2014 ergab sich dadurch ein Minderzuschuss in Höhe von 1,37 Mrd. €.

Die Dualen Hochschulen werden zentralistisch von Stuttgart aus gesteuert und Eigeninitiativen nahezu unterbunden. Was wollen Sie tun um zu verhindern, dass es künftig wieder zu einem solchen Ungleichgewicht kommt? Und was wollen Sie tun um den Minderzuschuss der vergangenen Jahre auszugleichen? Unterstützen Sie die Eigenständigkeit der einzelnen DHBWs und wie wollen Sie das erreichen?

Unser Ziel ist es, die Hochschulen und Universitäten auskömmlich zu finanzieren, um beste Bedingungen für Lehre und Forschung sicherzustellen. Dieser Grundsatz gilt für uns unabhängig

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016 Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

vom Landesteil. Mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag haben wir die finanzielle Ausstattung unserer Hochschulen in ganz Baden-Württemberg deutlich verbessert - nach langen Jahren der Stagnation unter den Vorgängerregierungen. Bis 2020 fließen damit zusätzliche 1,7 Mrd. Euro in die Grundfinanzierung. Andere Bundesländer beneiden uns darum - Baden-Württemberg ist Wissenschafts-Musterland. Auch die erneute Wahl von Theresia Bauer zur Wissenschaftsministerin des Jahres zeigt, dass unser Kurs, Wissenschaft und Bildung Priorität zu geben, der richtige ist.

Die Rechnung, die eine systematische Benachteiligung der Universitäten in Baden beweisen soll, können wir nicht nachvollziehen. Vielmehr ist bei einem Vergleich der Finanzierung die Größe der Universitäten (mit historisch gewachsenem Schwerpunkt im Badischen mit den großen Universitäten Heidelberg und Freiburg) und damit der unterschiedliche Anteil der Grundfinanzierung sowie das unterschiedlich akzentuierte Fächerspektrum zu berücksichtigen, das an den badischen bzw. an den württembergischen Universitäten angeboten wird. Insbesondere sind rein finanziell gesehen medizinische, natur- und technikkwissenschaftliche Studienplätze um ein Mehrfaches teurer als geistes- und sozialwissenschaftliche Studienplätze.

Die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) ist mit über 33.000 Studierenden inzwischen die größte Hochschule des Landes. Wir stehen zum Modell der State University, das den Standorten eine gewisse – und durchaus wichtige! – Eigenständigkeit gibt, aber strategische Fragen und Fragen der übergreifenden Steuerung zur Aufgabe des zentralen Präsidiums macht. Dass die DHBW unter einer Marke und mit einem Modell auftreten kann, ist aus unserer Sicht eine zentrale Erfolgsvoraussetzung. Zudem bietet dieses Modell die Möglichkeit dafür, dass Synergien genutzt werden können. Deswegen haben wir im Landeshochschulgesetz die Zuständigkeiten der Standorte klarer geregelt und deutlich gemacht, dass die DHBW *eine* Hochschule darstellt. Wir werden die weitere Organisationsentwicklung der DHBW positiv begleiten.

Die aktuellen Debatten über Finanzierungsungleichgewichte zwischen Standorten und Präsidium müssen aus unserer Sicht zunächst einmal intern in der DHBW geführt werden. Der Hochschulfinanzierungsvertrag gilt auch für die DHBW und wurde von dieser mit unterzeichnet. Wir sind zuversichtlich, dass der neue DHBW-Präsident Prof. Arnold van Zyl einen Kurs der Kommunikation und des Interessenausgleichs zwischen Präsidium und Standorten einschlagen wird. Ein solcher Kurs ist aus unserer Sicht überaus wichtig, um das Erfolgsmodell DHBW nicht zu gefährden.

8. Wissenschaftsstandort und KIT-Förderung

Das Land hat mit der Fusion von Uni Ka und FZK zum KIT ein einmaliges Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungszentrum in Karlsruhe erhalten. Wichtig ist nun, dass das KIT die zugesagte Selbstständigkeit in allen Bereichen erhält. Sind Sie bereit sich vorbehaltlos für diese Eigenständigkeit des KIT einzusetzen und auch die entsprechende Finanzierung sicher zu stellen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das KIT die Differenz zwischen erhaltenen

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016 Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

Overhead-Mitteln und tatsächlichen Kosten bei Einwerbung von Drittmitteln durch das Land ausgeglichen wird?

Das aus Forschungszentrum und Universität hervorgegangene KIT ist für uns ein Leuchtturmprojekt wissenschaftlicher Exzellenz. Gerade in Bezug auf die großen Herausforderungen der Zukunft – etwa die Energiewende – leisten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des KIT herausragende Arbeit. Wie die anderen Landesuniversitäten profitiert das KIT vom Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“, der durch den Energiekostenausgleich und den jährlichen Aufwuchs der Grundfinanzierung von 3% die finanzielle Situation des KIT deutlich verbessert. Als Forschungseinrichtung eigener Art ist die Eigenständigkeit des KIT für uns Grüne von großer Bedeutung. Dies kam etwa im KIT-Weiterentwicklungsgesetz zum Ausdruck. Wir werden weitere Schritte in Richtung Autonomie prüfen.

Die Problematik der nur teilweise ausgeglichenen Drittmittel-Overheads betrifft alle Universitäten in Deutschland. Auf Bundesebene hat die grün-geführte Landesregierung sich hier für den Erhalt der Programmpauschale eingesetzt, die die große Koalition kürzen wollte.

9. Mittel der Landesstiftung für das ganze Landtag von Baden-Württemberg

Die Erträge der Landesstiftung gehen zum überwiegenden Teil in den Württembergischen Teil. Eine Transparenz darüber ist nicht vorhanden. Erhaltungswürdige Kulturgüter oder Einrichtungen wie z. B. die Majolika gibt es im Badischen und Württembergischen genug.

Werden Sie sich für eine offene und transparente Mittelvergabe einsetzen? Unterstützen Sie den Erhalt und die effektive Absicherung der Majolika?

Wie wollen Sie hier eine Angleichung erwirken?

Die Baden-Württemberg-Stiftung fördert im Kulturbereich nicht institutionell, sondern immer projektbezogen (d.h. räumlich und zeitlich begrenzt). Die Mittelvergabe der BW Stiftung erfolgt aufgrund der Qualität der gestellten Projektanträge und beruht auf Kriterien, die auf der Homepage der Baden-Württemberg-Stiftung zu finden und damit für alle transparent sind. Eine institutionelle Förderung der Majolika scheidet aufgrund der Förderrichtlinien der Stiftung aus, denn diese sieht keine institutionelle Förderung vor. Trotz allem sind wir selbstverständlich bemüht, den ländlichen Raum und Städte gleichwertig zu behandeln.

Wir schätzen die keramischen Arbeiten der Karlsruher Majolika sehr und bedauern die aktuelle Entwicklung. 2015 wurden – auch als Zeichen dieser Wertschätzung – auf Antrag der Fraktionen Grüne und SPD einmalig 50.000 € aus dem Landeshaushalt an die Majolika-Stiftung gegeben. Sollte sich eine realistische Chance auftun, die Majolika dauerhaft zu erhalten, sind wir gerne bereit, entsprechende Konzepte zu prüfen.

10. Förderung aller Messeaktivitäten

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016 Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

Das Messekonzept des Landes bevorzugt die Stuttgarter Messe auf den Fildern. Die Entwicklung des Landes sollte alle Messen unterstützen.

Werden Sie sich für Korrekturen am baden-württembergischen Messekonzept mit dem Ziel einsetzen, die badischen Messestandorte im Land stärker zu fördern? Werden Sie ferner darauf hinwirken, dass der offensichtlichen Tendenz der mit Landesmitteln hoch subventionierten Messe Stuttgart, Veranstaltungen auch von anderen Regionalmessen abzuwerben, ein Riegel vorgeschoben wird?

Das Messekonzept des Landes sieht derzeit keine Investitionszuschüsse für Messen in Baden-Württemberg vor. Alte Investitionsprogramme im Rahmen des Messekonzepts sind beendet. Die Erweiterung der Landesmesse wird von der Messegesellschaft selbst getragen. Wir Grüne sehen darum keine Bevorzugung der Stuttgarter Messe.

11. Stuttgarter Zoo

Das Land unterhält in der Wilhelma den einzigen staatlichen Zoo in Deutschland. Auch andere kulturelle Einrichtungen wie Theaterakademie, Akademie Schloss Solitude Filmakademie, Haus der Gegenwartskunst, Haus der Geschichte, Haus des Buches werden ausschließlich durch das Land finanziert.

Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, dass die Stadt Stuttgart, als „reichste Stadt der Bundesrepublik“, die Wilhelma in städtische Regie übernimmt und sich an der Finanzierung der anderen kulturellen Einrichtungen finanziell beteiligt?

Sind Sie bereit, die entsprechenden Einrichtungen wie das Radio-Sinfonie-Orchester Baden-Baden/Freiburg in den Oberzentren Baden-Württembergs in gleicher Weise finanziell zu unterstützen?

Das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart pflegen seit jeher sehr enge Beziehungen. So lässt sich die Förderung der Wilhelma als einziger landeseigener Zoo auch historisch erklären. Diese ist als ehemals königlich-württembergische Einrichtung in den Besitz des Landes gelangt, wohingegen die Zoos in Heidelberg und Karlsruhe keine adligen Gründungen sind, sondern private bzw. städtische Gründungen sind. Die engen Finanzbeziehungen zwischen Stadt und Land wollen wir in Zukunft verstärken und ggf. optimieren.

Wir Grünen haben uns stark engagiert für das Radio-Sinfonie-Orchester am Standort Baden-Baden. Auf Initiative der Fraktionsvorsitzenden Edith Sitzmann MdL wurde sogar im Sommer 2014 ein Runder Tisch mit Intendant Peter Boudgost sowie den weiteren Betroffenen veranstaltet. Aber alle Versuche einer alternativen Finanzierung für Freiburg/Baden-Baden sind gescheitert, das fusionierte Orchester wird ab Herbst 2016 in seiner ersten Spielzeit gehen. Wir werden deshalb weiterhin darauf achten, dass die Zusage, dass das SWR-Orchester auch in Freiburg und Baden-Baden präsent ist, eingehalten wird.

12. Sportförderung Fußball

**Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016
Antworten - Bündnis 90/Die Grünen**

In den letzten 10 Jahren wurde das ehemalige Neckarstadion in Stuttgart u.a. aus nicht unerheblichen Mitteln des Landes 3-mal umgebaut. Es sollten alle Stadien von Bundesligavereinen gefördert werden.

Wie wollen Sie die Badischen Interessen in diesem Bereich vertreten?

Welche klaren Förderrichtlinien würden Sie für das ganze Land vorgeben wollen?

Wie auch bei der Kulturförderung unterstützen wir eine Sportförderung für ganz Baden-Württemberg gleichermaßen. Wie bereits Anfang Januar im Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden Edith Sitzmann MdL erläutert, wurden in den vergangenen knapp 30 Jahren die Stadien in allen Landesteilen gefördert, davon nicht unerheblich die Stadien der jeweiligen badischen Bundesligisten. In chronologischer Reihenfolge wurden folgende Fußballstadien gefördert (daneben in wenigen Einzelfällen auch Eishallen und multifunktionale Großsporthallen):

Planjahr	Projekt	Landeszuschuss
1988-1992	Ausbau des Wildparkstadions in Karlsruhe	6,29 Mio. EUR
1989-1992	Ausbau des Carl-Benz-Stadions in Mannheim	7,16 Mio. EUR
1992	Ausbau des Gottlieb-Daimler-Stadions in Stuttgart anlässlich der Leichtathletik-WM 1993	12,78 Mio. EUR
1993-2000	Ausbau des Dreisam-Stadions in Freiburg	8,44 Mio. EUR
2002	Ausbau des Kreuzeiche-Stadions in Reutlingen	5,07 Mio. EUR
2004-2007	Ausbau des Gottlieb-Daimler-Stadions in Stuttgart anlässlich der Fußball-WM 2006	15,3 Mio. EUR
2008-2011	Umbau des Wildparkstadions in Karlsruhe in eine Fußballarena	11,0 Mio. EUR

Zuwendungsempfänger war dabei jeweils die Kommune als Trägerin der Sportstätte, nicht der nutzende Verein. Der Finanzierungsanteil des Landes betrug in der Regel zwischen 30 und 50% der Gesamtkosten der geförderten Vorhaben. Rechnet man die Summen zusammen, wurden für die

Wahlprüfsteine Landesvereinigung Baden Baden in Europa e. V. für die Landtagswahl 2016
Antworten - Bündnis 90/Die Grünen

württembergischen Vereine 33,15 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die badischen Vereine erhielten 32,89 Mio. Euro, sowie weitere 16 Mio. Euro, die die grün-geführte Landesregierung für die Infrastruktur des neuen Stadions des SC Freiburg bereitgestellt hat.